Nr. 284. Donnerstag, den 15. Dezember 1904. 5. Jahrgang.

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm., mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Vierteljährl. 1 Mk. 50 Pf. ohne Bestellgeld. Bei außerdeutschen Postanstalten lt. Zeitungspreisl. Einzelnummer 10 Pf. Redaktions-Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum m. 15 Pf. berechnet, bei Wiederholung bedeutender Rabatt. Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Pillnitzer Straße 43. — Fernsprecher Amt I Nr. 1366.

Die Abfallsbewegung in der Leitmeritzer Diözese.

Aus Leitmeritz wird aus deutschen Klerikalkreisen geschrieben:

Die Zustände in Nordböhmen gestalten sich immer trauriger. Sämtliche altliberale und alldeutsche Blätter unserer Gegend haben sich halb oder ganz der protestantischen Bewegung zur Verfügung gestellt. Von ihnen und einer gut dotierten Schar von Agitatoren getragen, schreitet die Bewegung immer weiter. Von staatlicher Seite ist kein Hindernis für sie zu erwarten; die politischen Behörden können oft nicht eingreifen, und wo sie manchmal könnten, dort wollen sie nicht.

Für die herausfordernde Kühnheit, mit der sich hier schon die Prädikanten breit machen, zeigt folgende Ankündigung der „Turer Zeitung" vom 3. Dezember 1904 aus Klostergrab: „Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 9 Uhr, Gottesdienst. Abends findet in der „Kaiserkrone" ein größerer Familienabend statt. Herr Doktor Hegemann aus Dresden wird daselbst über das Dogma der Unbefleckten Empfängnis Marias, über das auch in katholischen Kreisen große Unklarheit herrscht, sprechen." Man kann sich vorstellen, wie die Belehrung des sächsischen Pastors ausfallen wird. Klostergrab zählt 3445 Katholiken und 75 Nichtkatholiken. — Die Herabsetzung der Marienverehrung, die übliche Verhöhnung kathol. Dogmen wird also in einer durchaus katholischen Stadt ungestört vor sich gehen dürfen. — In Sachsen ist es dem Bruder des Königs, dem Prinzen Max von Sachsen, in seinem eigenen Heimatlande verwehrt, den Predigerberuf als katholischer Priester auszuüben, weil er angeblich in einer italienisch gehaltenen Predigt vor den Arbeitern die protestantische Kirche beleidigt hatte. Er hatte gegen die sozialistischen und anarchistischen Umtriebe gepredigt, die Protestanten bezogen dies auf sich und selbst seine Herkunft aus königlichem Geschlechte konnte ihn in seiner eigenen Heimat nicht schützen. Bei uns hingegen ist es ganz anders. Da darf selbst jeder fremde Pastor ungestraft den Glauben seines Volkes herabsetzen, ohne daß sich gegen ihn eine verbietende Hand rühren würde. Im Gegenteil. Bei uns zu Lande haben anscheinend die Katholiken nichts mehr sich zu verbieten, umsomehr aber die Protestanten zu befehlen.

Ein Beispiel hiervon: Die katholische Gräfin Clam-Gallas hat den Protestanten in Friedland zum Bau ihrer Kirche den Grund geschenkt, und, wie man sagt, auch das Holz, und den protestantischen Bauleiter nach Vollendung des Baues sogar zum Inspektor der Patronatsbauten ernannt. Das war doch gewiß tolerant seitens einer Katholikin gehandelt. Nun will dieselbe Gräfin in der Nähe ihres Schlosses Grafenstein zu Ketten eine katholische Kapelle bauen; das Dorf Ketten, das eine Wegstunde von der Pfarre Grottau entfernt ist, zählt 1351 Katholiken und 9, sage neun, Nichtkatholiken. Und was geschieht? Die protestantischen Fabrikanten von Grottau drohen, ihre katholischen Beamten zu entlassen, wenn die katholische Gräfin es wagen sollte, jene katholische Kapelle zu bauen. Denn dieser Bau wäre eine „Provokation"; daß aber in vielen Orten Nordböhmens, in denen unter vielen Hunderten Katholiken kaum zwei Dutzend Protestanten sind, protestantische — allerdings immer leer bleibende — Kirchen errichtet wurden, das ist keine Provokation.

Es wäre eine falsche Auffassung, wenn seitens Fernstehender aus dem wachsenden Uebermut der Abfallspropaganda geschlossen werden sollte, daß man auf katholischer Seite in der Abwehr allzu lässig ist. Seitens der Diözesanbehörde ist in den letzten Jahren sehr viel geschehen. Es wurden an bedrohten Orten neue Pfarreien errichtet (Schumburg, Tessendorf und Obersedlitz) und im Jahre 1904 drei neue Kirchen geweiht, es werden sämtliche Pfarreien systematisch durchmissioniert, der edle Jesuitenpater Wenzel Lerch reibt sich in seinem schweren Berufe fast auf, ihm helfen Ordensbrüder und auch die Redemptoristen in Filippsdorf leisten das Möglichste, die Visitation der Vikariate ist neu geregelt, den Priestern ist im Jahre einmal Gelegenheit geboten, geistliche Uebungen mitzumachen, die Bezirksvikäre, Mittel- und Bürgerschulkatecheten wurden zu Konferenzen berufen und erhielten eingehend Weisungen; es wäre also unrichtig, zu behaupten, es geschehe zur Abwehr der antikatholischen Bewegung nichts.

Daneben wirkt die von Opitz geschaffene und publizistische Organisation in ausgezeichneter Weise. Ein ganzes Netz katholischer Volksvereine umspannt ganz Nordböhmen und wo diese Vereine recht geleitet werden, da blüht katholisches Leben; von Opitz sind katholische Zeitungen gegründet, die heute weit verbreitet sind und ihre Aufgaben trefflich erfüllen. Das ist alles eines Mannes Arbeit, der heute freilich müde und krank von 45 jähriger rastloser Arbeit ist, ohne daß er heute noch den gebührenden Dank gefunden hätte. — Die große, mehr als 1½ Millionen Katholiken zählende Diözese Leitmeritz hat außer der in Warnsdorf erscheinenden „Oesterr. Volksztg." nur noch ein zweites katholisches politisches Blatt, das „Volk", welches seit etwa vier Jahren in Leitmeritz erscheint und als Organ des bischöflichen Ordinariats gilt.

Es ist also viel in der Leitmeritzer Diözese geschehen, aber es läßt sich nicht leugnen, es fehlt noch viel. Vor allem muß der Klerus organisiert werden, man darf den einzelnen Pfarrer nicht allein kämpfen lassen, wie auf evangelischer Seite alle wie ein Mann zusammenstehen, so muß es auch bei uns werden. Im Kriege gilt es, alle Kräfte anzuspannen und zu arbeiten. Wechselseitige Ermutigung tut not und die wäre in den häufigeren Pastoralkonferenzen, die mehr praktisch als doktrinär sein müßten, zu holen.

Das sind einige Gedanken eines in der Arbeit für die heilige Kirche alt gewordenen Priesters, der darauf vertraut, daß an der Seite des Oberhirten Männer stehen, welche Begabung und Erfahrung genug besitzen, um in dieser ernsten Zeit all ihr Wissen und Können mit Erfolg einzusetzen für das Wohl unserer Kirche!

Deutscher Reichstag.

e. **Berlin.** 111. Sitzung am 13. Dezember 1904.

Auf der Tagesordnung steht zuerst der Antrag Dr. Becker (Natl.) betr. obligatorische Handwerker-Invalidenversicherung. Abg. Dr. Becker (Natl.) begründet den Antrag, hierüber eine Erhebung bei den Handwerkerkammern zu veranstalten. — Abg. Erzberger (Ztr.): Die Lage im Handwerk ist sehr ernst und Abhilfe ist dringend geboten; aber dieser Weg ist falsch und unrichtig. Die Handwerkskammern sind bereits genügend belastet mit Erhebungen durch die Handwerkerfragebogen. Dann kann diese Erhebung nicht gemacht werden ohne ein geeignetes Material, ohne Zahlen über Kosten usw. Dann aber muß man sich entscheiden, ob eine selbständige Versicherung eintreten soll oder nicht. Und all darüber sollen sich die Handwerkskammern äußern? Die Handwerker selbst wünschen diese obligatorische Versicherung nicht; das hat der Innungstag zu Magdeburg deutlich gezeigt. Man fördere die freiwillige Versicherung mehr. Die süddeutschen Handwerker wollen und wünschen in ihrer überwiegenden Mehrheit diese Zwangsversicherung nicht! Weshalb sind die Nationalliberalen hier so für Zwang? Sonst lehnen sie ihn ab! Erfüllen wir doch erst die anderen berechtigten Wünsche des Handwerks und jagen wir nicht zu viele Hasen auf einmal! (Sehr richtig!) Aber gehen wir doch nicht auf Wünsche ein, die dem Bebelschen Zukunftsstaat zuführen! (Beifall.) — Abg. Dr. Mugdan wünscht Ausdehnung der freiwilligen Versicherung und lehnt die obligatorische ab. — Abg. Nißler (kons.): Die süddeutschen Handwerker wollen nichts von der obligatorischen Versicherung wissen, sie wollen keine neuen Lasten tragen. — Abg. Stadthagen (Soz.) stellt fest, daß die Sozialdemokraten schon 1890 die Versicherung selbständiger Unternehmer gefordert haben. Aber der heutige Antrag der Nationalliberalen geht nicht weit genug; doch stimmen wir für denselben. — Abg. Dr. Pachnicke (Freis. Verg.): Die Zustimmung zu dem Antrage Becker hat eine prinzipielle Bedeutung: Erhebungen sind sonst nicht gefährlich. Aber wo ist hier das Ende? Das können wir nicht absehen! — Abg. Bruhn (Antis.): Die Notlage unserer Handwerker hat den Wunsch nach Versicherung laut werden lassen. Das Einkommen der Handwerker ist viel geringer, als es der Staatssekretär des Innern darlegte. Im Handwerk klagt man sehr, daß man seine Anschauungen nicht kennt. In Magdeburg hat ein Teil der Handwerker sich für die Zwangsversicherung ausgesprochen. — Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich habe bereits im Januar 1904 die ablehnende Haltung der verbündeten Regierungen dargelegt. Mit der Arbeiterversicherung ist dem deutschen Volke ein großes Arbeitsprogramm gegeben. Alle anderen Nationen anerkennen unsere Leistungen auf diesem Gebiete. Die Ueberspannung des Versicherungsgedankens hat ihre Schattenseiten; die Rente wird zur fixen Idee und die Energie erlahmt! Man muß sich hüten, aus ganz Deutschland einen Versicherungsstaat zu machen! Kleine australische Staaten können sich dies leisten, aber nicht ganz Deutschland! Nur die Rentner würden noch übrig bleiben als Nichtversicherte! Der selbständige Geschäftsmann muß das Risiko seines Unternehmens tragen! (Sehr richtig!) Ich habe nie erklärt, mit dem Handwerk ist es aus! Eine solche geradezu törichte und herzlose Aeußerung habe ich nie getan. Das Handwerk kann sich halten bei entsprechender Unterstützung. Es macht sich jetzt eine starke Bewegung gegen die Assoziation des Kapitals geltend! Dies hat für den Mittelstand Schattenseiten; aber unsere gesamte Kultur beruht auf dieser Konzentration. Die Warenhäuser hängen mit unserem gesamten Verkehr zusammen; wenn sie in Berlin die Untergrundbahn und Straßenbahn entfernen, sind die Warenhäuser dahin! Ein Muster eines Syndikatgesetzes haben wir nicht, auch nicht in Amerika! Ein Kartell darf nur die Auswüchse beseitigen; aber es darf nicht so werden, daß man vierspännig hindurchfahren kann! Für den Mittelstand muß noch viel geschehen, namentlich durch Aufwendung großer Mittel in den Einzelstaaten. (Sehr richtig!) Die moderne Entwicklung kann man nicht lindern durch Gesetze, sonst schädigt man die Kultur. — Abg. Patzig (natl.): Wir kümmern uns nur um wirtschaftlich Schwache. Aber uns fehlt alles Material zur Beurteilung dieser Frage. Wir hofften, daß das Zentrum für unseren Antrag stimmen werde; heute lautet es ganz anders. Heute wollen wir nur die Unterlagen für die Frage schaffen. Den Anfang mit der Hasenjagd haben wir nicht gemacht. Was wir wollen, verpflichtet niemand. — Abg. Meyer-Bielefeld (kons.) behandelt die historische Entwicklung der Frage; wir können uns nicht für diesen Antrag erklären. — Abg. Raab (Antis.): Bei der letzten Revision der Invalidenversicherungsnovelle wurden die Bestimmungen über die Weiterversicherung sehr verschlechtert. Wir halten die Zwangsversicherung für geboten. — Abg. Erzberger (Zentr.): die Ausführungen des Staatssekretärs finden nicht unsere Zustimmung, wir sehen die Konzentration des Kapitals nicht als einen Kulturfortschritt an, auch nicht als eine unantastbare Errungenschaft! Unsere Anträge auf dem Handwerkergebiet sind nicht mittelalterlich, sondern enthalten den Triumph der Bildung, da nur jener Lehrlinge ausbilden soll, der die Meisterprüfung abgelegt hat. Den Antrag Patzig können wir nicht annehmen, da er bereits eine Linderung enthält und zum Staatssozialismus führt. Wir wollen die selbständigen Existenzen im Handwerk halten. Ein Gegensatz zwischen meinen Ausführungen und denen von Trimborn besteht nicht; wir halten die Sache nicht für spruchreif. Stadthagen spricht verächtlich von unserer Versicherung; der Sozialdemokrat Millerand bezeichnete sie als ein „erhabenes Monumentalwerk". Der Zolltarif, den Stadthagen uns vorhielt, schützt die deutsche Arbeit! Die Sozialdemokratie selbst hat ja gegen dieses Gesetz gestimmt, da kann sie niemand einen Vorwurf machen. Ihre Uebertrumpfungspolitik schadet nur der sozialen Arbeit. — Abg. Fröhlich (Antis.): Ich habe schon ein Grauen, wenn man nur das Wort Intelligenz nennt; (Stürmische Heiterkeit.) Intelligenz setzt sich zusammen aus Klugheit und Schlauheit; klug ist der Deutsche, schlau ist der Jude. Der Obermeister Rahardt, der auf der Tribüne sitzt, hat mir versichert, daß der Handwerker für die Versicherung ist. — Präsident Graf Ballestrem: Ich halte es nicht für zulässig, daß man den Namen eines Herrn auf der Tribüne hier nennt. — Nach kurzen Ausführungen der Abg. Henning (kons.), Dr. Becker (nat.-lib.) und Stadthagen (Soz.) wird die Resolution Dr. Becker gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen angenommen. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Militärpensionsgesetz.

Politische Rundschau.

Dresden, den 14. Dezember 1904.

— **Die Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich.** Aus München ist der Generaldirektor der Zölle und indirekten Steuern, v. Geiger, in Berlin eingetroffen. Die Reise steht im Zusammenhange mit der Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, bei welchen Herr v. Geiger als Unterhändler mitwirkt.

— **Der erste „Mittelstandsparteikandidat".** In einer Vertrauensmännerversammlung des Handwerkerbundes in Güstrow wurde für die Ersatzwahl im Reichstagswahlkreise Kalbe-Aschersleben der Obermeister der Berliner Tischlerinnung Rahardt als Kandidat aufgestellt. Der Kandidat ist einer der Referenten auf der Berliner Mittelstandsversammlung gewesen. Ob ihn nun die Nationalliberalen unterstützen, die seither das Mandat hatten, ist sehr fraglich.

— **Die „Tägliche Rundschau"** hatte in Nr. 44 vom 27. Januar d. J. über den Erzbischof Nozaleda zu Valencia in Spanien behauptet, er sei „für das ganze spanische Volk der Typus eines verabscheuungswürdigen Mönches, eines vollendeten Hochverräters und Vaterlandsverräters". Das Blatt stellte diese Behauptung auf, trotzdem der spanische Ministerpräsident Maura den Erzbischof in der Kammer verteidigt hatte und ein deshalb beantragtes Tadelsvotum mit 128 gegen 69 Stimmen abgelehnt worden war. Der Erzbischof klagte und der angeklagte verantwortliche Auslandsredakteur erhielt von dem Berliner Schöffengericht — 50 Mk. Strafe. Im Vergleich zu der Schwere der Beleidigung ist die Strafe ungemein niedrig bemessen. Als Grund hierfür wurde angegeben, daß die „Tägliche Rundschau" die Aufgabe hat, die „klerikalen Tendenzen" zu bekämpfen. Da würde es also für den „Evangelischen Bund" ganz ungefährlich sein, Priester und Bischöfe zu verdächtigen und zu verleumden. Wenn man es versteht, die Form der Beleidigung zu vermeiden, so muß sogar die Freisprechung erfolgen. Ob man der kath. Presse auch den Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zuerkennen würde, wenn sie im Kampfe gegen die antiklerikalen Tendenzen falsche Behauptungen aufstellen würde, wodurch sich Leute im „Evangelischen Bunde" beleidigt fühlten?

— Der **preußische Kultusminister** hat der Hörerschaft der Technischen Hochschule in Hannover ernste Vorstellungen gemacht, weil sie am 30. November in einer Drahtung an die deutschen Studenten in Innsbruck anläßlich der dortigen Vorfälle ihre innige Teilnahme bekundet hatte. Er hatte sogar den Rektor der Hochschule und den Vorsitzenden des Studentenausschusses deswegen nach Berlin befohlen. Dort soll man die beiden über die Ansichten in maßgebenden Kreisen durchaus nicht in Zweifel gelassen haben. Diese ganz ungewöhnliche Maßregel ist auf eine Beschwerde der österreichischen Regierung zurückzuführen, die allerdings auch den Sympathiekundgebungen der italienischen Universitätshörer für die italienischen Studenten in Innsbruck entgegenzutreten allen Anlaß hatte. Ob auch dies geschehen, wissen wir nicht.

— **Die Militärpensionsgesetze** wurden am Mittwoch im Reichstage in Beratung gezogen. Die Stimmung über diese ist eine sehr geteilte; in nationalliberalen und konservativen Kreisen sucht man, die Vorlage nicht nur unbesehen anzunehmen, sondern sie noch zu „verbessern", das heißt mehr Geld auszugeben. Hier sind die schönsten Vorsätze über Sparsamkeit schon verflogen. In der Zentrumsfraktion ist man jedoch ganz anderer Ansicht; man fordert in erster Linie die Regelung der Kostenfrage. Die Vorlage bringt eine dauernde Mehrbelastung von 16½ Millionen Mark. Woher dieses Geld nehmen? Ja, wir glauben, daß die Mehrbelastung noch höher sein wird! Wenn aber diese Frage nicht entschieden ist, wird das Zentrum an die Verabschiedung dieser Vorlage nicht herantreten! In der ersten Lesung wird der Abgeordnete Spahn den Standpunkt des Zentrums vertreten.

— **Ein Lob der Klöster** aus evangelischem Munde müssen wir registrieren. Im Görlitzer Handwerkerverein hielt dieser Tage Herr Pastor emer. Hugo Krüger einen Vortrag über das Thema „Die Anfänge der deutschen Kunst". Hierbei führte er nach dem uns vorliegenden Berichte des „Neuen Görl. Anz." (Nr. 281 vom 30. November) unter anderem aus: „Ungemein fördernd in der deutschen Kunst sind die Klöster aufgetreten. Diese Kulturanstalten haben sich nicht allein für die Wissenschaft, Landwirtschaft und Handwerk betätigt, sondern auch die Kunst bedeutend emporgehoben. Bedeutende Künstler sind aus den Klosterschulen hervorgegangen." Wir freuen uns über diese vorurteilslose, dem Herrn Pastor alle Ehre machende Anerkennung und empfehlen sie den liberalen Klösterstürmern zur Beachtung.

Oesterreich-Ungarn.

Ungarisches Abgeordnetenhaus. Eine Viertelstunde vor Beginn der Sitzung des Abgeordnetenhauses waren die Mitglieder der Opposition fast vollzählig erschienen. Von der Regierungspartei war niemand im Saale. Die Zugänge zu der Präsidentenestrade waren von der Parlamentswache besetzt. Die oppositionellen Abgeordneten riefen diesen zu: Schämt ihr euch als Ungarn nicht, diesen Dienst zu versehen? Der Schriftführer Viktor Valoi will dem wir Estrade hinaufgehen; die Parlamentswache hindert ihn jedoch daran. Mehrere oppositionelle Abgeordnete

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19041215/1